Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/489

17. 06. 87

Sachgebiet 203

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/287, 11/308 —

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1987 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1987 — BBVAnpG 87)

A. Problem

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).

2. Ferner sollen sonstige Änderungen des Besoldungs- und Versorgungsrechts vorgenommen werden, die u. a. die Weitergewährung von Stellenzulagen in besonderen Fällen, die Besitzstandwahrung nach Reaktivierung, die Gleichbehandlung bei der Gewährung erhöhter Unfallentschädigung sowie die Zahlungsweise der Dienst- und Versorgungsbezüge betreffen.

B. Lösung

1. Zum 1. Januar 1987 werden die Bezüge linear um 3,4 v. H. angehoben.

2. Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes und des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 19. Dezember 1986

Einstimmigkeit im Ausschuß bei einer Enthaltung seitens der Fraktion der SPD und Enthaltung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Die Fraktion der SPD hat beantragt, den Gesetzentwurf um eine Regelung in bezug auf § 55 Beamtenversorgungsgesetz zu ergänzen, aufgrund derer die sogenannte Abschmelzung des Ausgleichs ausgesetzt werden sollte.

Der Ausschuß hat es mehrheitlich abgelehnt, diesen Vorschlag im Rahmen der Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfes aufzugreifen.

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Haushaltsjahr 1987 Mehrkosten von rd. 782,7 Mio. DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf — Drucksachen 11/287, 11/308 — in der sich aus der nachstehenden Zusammenstellung ergebenden Fassung anzunehmen.

Bonn, den 15. Juni 1987

Der Innenausschuß

Bernrath	**Lutz**	**Frau Dr. Vollmer**	**Regenspurger**	**Richter**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1987 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1987 — BBVAnpG 87)
— Drucksache 11/287 —

mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuß)

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
—	—
Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1987 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1987 — BBVAnpG 87)	**Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1987 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1987 — BBVAnpG 87)**
Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1 **Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern**	Artikel 1 **Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern**
§ 1	§ 1
An die Stelle der Anlagen IV bis IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1986 (BGBl. I S. 1553, 1666), das zuletzt durch das Gesetz vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2542) geändert wurde, treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.	unverändert
§ 2	§ 2
(1) Um 3,4 vom Hundert werden erhöht die 1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer, b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter, c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder, 2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind, b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fort-	unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
geltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,	
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.	
(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).	
(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.	
§ 3	§ 3
(1) Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1977 (BGBl. I S. 1107), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 575), werden um 3,4 vom Hundert erhöht und auf volle 10 Pfennige aufgerundet.	unverändert
(2) Die Sätze der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 8 Abs. 1 und 2 sowie § 23c der Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1987 (BGBl. I S. 762) werden um 3,4 vom Hundert erhöht und auf volle 10 Pfennige aufgerundet.	
(3) Der Bundesminister des Innern kann die sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebenden neuen Sätze bekanntmachen.	
§ 4	§ 4
(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde	unverändert

Entwurf

liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1986 vom 21. Juli 1986 (BGBl. I S. 1072) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1 S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1986 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 3,4 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,3 vom Hundert erhöht.

Artikel 2

Sonstige Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 § 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 17 wird folgender § 17a eingefügt:

„§ 17a

Zahlungsweise

Für die Zahlung der Besoldung nach § 1 Abs. 2 und 3 und von Aufwandsentschädigungen nach § 17 hat der Empfänger auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto im Inland anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Übermittlungskosten trägt der Dienstherr, die Kontoeinrichtungs-, Kontoföh-

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Artikel 2

Sonstige Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 § 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 17 wird folgender § 17a eingefügt:

„§ 17a

Zahlungsweise

Für die Zahlung der Besoldung nach § 1 Abs. 2 und 3 und von Aufwandsentschädigungen nach § 17 hat der Empfänger auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto im Inland anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Übermittlungskosten **mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto des**

Entwurf

rungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann."

2. In § 27 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „um die Dienstalterszulage" gestrichen.

3. § 42 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 3 werden nach Satz 1 folgende Sätze 2 bis 4 eingefügt:

      „Wird dem Beamten, Richter oder Soldaten vorübergehend eine andere Funktion übertragen, die zur Herbeiführung eines im besonderen öffentlichen Interesse liegenden unaufschiebbaren und zeitgebundenen Ergebnisses im Inland wahrgenommen werden muß, wird für die Dauer ihrer Wahrnehmung die Stellenzulage weiter gewährt. Daneben wird eine Stellenzulage für diese andere Funktion nur in der Höhe des Mehrbetrages gewährt. Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen des Satzes 2 vorliegen, trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem für das Besoldungsrecht zuständigen Minister."

   b) Der bisherige Absatz 3 Satz 2 wird Absatz 4 und erhält folgende Fassung:

      „Die Stellenzulagen sind widerruflich und nur ruhegehaltfähig, wenn dies gesetzlich bestimmt ist."

   c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Empfängers trägt der Dienstherr, die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann."

2. unverändert

3. unverändert

4. Die Anlage III (Bundesbesoldungsordnung R) wird wie folgt geändert:

   a) In Besoldungsgruppe R 3 wird nach der Amtsbezeichnung „Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts (Verwaltungsgerichtshof) [3])" die Amtsbezeichnung „Vizepräsident des Verwaltungsgerichts [2])" eingefügt.

   b) In Besoldungsgruppe R 4 wird bei der Amtsbezeichnung „Präsident des Verwaltungsgerichts" der Fußnotenhinweis „[2])" durch den Fußnotenhinweis „[1])" ersetzt.

   c) In Besoldungsgruppe R 5 wird nach der Amtsbezeichnung „Präsident des Oberverwaltungsgerichts [2])" die Amtsbezeichnung „Präsident des Verwaltungsgerichts [1])" eingefügt.

5. In der Anlage IX (Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen) wird bei den Bundesbesoldungsordnungen A und B die Zeile „B 9 3 450,00" gestrichen.

Artikel 3

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1987 (BGBl. I S. 570) wird wie folgt geändert:

Artikel 3

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1987 (BGBl. I S. 570) wird wie folgt geändert:

Entwurf

1. In § 13 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

   „Ist der Beamte nach § 45 des Bundesbeamtengesetzes oder dem entsprechenden Landesrecht erneut in das Beamtenverhältnis berufen worden, so wird eine der Berechnung des früheren Ruhegehaltes zugrunde gelegene Zurechnungszeit insoweit berücksichtigt, als die Zahl der dem neuen Ruhegehalt zugrunde liegenden Dienstjahre hinter der Zahl der dem früheren Ruhegehalt zugrunde gelegenen Dienstjahre zurückbleibt."

2. In § 49 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 7 angefügt:

   „(7) Für die Zahlung der Versorgungsbezüge hat der Empfänger auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann."

3. In § 69 Abs. 2 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

   „wobei § 38 Abs. 4 Satz 3 und § 38 Abs. 5 anzuwenden sind."

Artikel 4

Änderung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Artikel 9 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2542) wird wie folgt geändert:

Beschlüsse des 4. Ausschusses

1. unverändert

2. In § 49 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 7 angefügt:

   „(7) Für die Zahlung der Versorgungsbezüge hat der Empfänger auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. **Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto des Empfängers trägt die die Versorgungsbezüge zahlende Stelle; bei einer Überweisung der Versorgungsbezüge auf ein im Ausland geführtes Konto trägt der Versorgungsempfänger die Kosten und die Gefahr der Übermittlung der Versorgungsbezüge sowie die Kosten einer Meldung nach § 59 der Außenwirtschaftsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.** Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann."

3. unverändert

Artikel 4

Änderung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2542) **wird wie folgt geändert:**

1. Artikel 2 § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

   ‚Die Ämter „Hochschulassistent" in der Besoldungsgruppe C 1 und „Professor (soweit an wissenschaftlichen Hochschulen)" in der Besoldungsgruppe C 2 in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung der Bundesbesoldungsordnung C, letzteres mit der Amtsbezeichnung „Universitätsprofessor" oder „Professor an einer wissenschaftlichen Hochschule", können bis zum Inkrafttreten des nach § 72 Abs. 1 Satz 2 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom 14. November 1985 (BGBl. I S. 2090) erlassenen Gesetzes verliehen werden.'

   b) Der bisherige Satz 3 wird Absatz 4.

Entwurf

1. In Absatz 2 werden die Worte „1. Oktober 1986" durch die Worte „31. Dezember 1985" ersetzt.

2. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für die früheren Beamten, früheren Ruhestandsbeamten und ihre Hinterbliebenen, die am 1. Januar 1987 vorhanden sind, gilt § 38 Abs. 4 Satz 3 des Beamtenversorgungsgesetzes in der vor diesem Zeitpunkt geltenden Fassung weiterhin, sofern sich dadurch für den Versorgungsempfänger eine höhere Versorgung ergibt."

Artikel 5

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

(1) Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 842) wird wie folgt geändert:

1. Im Fünften Teil der Inhaltsübersicht wird die Nummer 5 wie folgt gefaßt:

„5. Benennung eines Kontos . . . . .93".

2. Dem § 25 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Ist der Berufssoldat nach § 51 Abs. 4 des Soldatengesetzes erneut in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten berufen worden, so wird eine der Berechnung des früheren Ruhegehalts zugrunde gelegene Zurechnungszeit insoweit berücksichtigt, als die Zahl der dem neuen Ruhegehalt zugrundeliegenden Dienstjahre hinter der Zahl der dem früheren Ruhegehalt zugrunde gelegenen Dienstjahre zurückbleibt."

3. Nach § 92 werden folgende Überschrift und folgender § 93 angefügt:

„5. Benennung eines Kontos

§ 93

Die *Gewährung* von Leistungen nach diesem Gesetz kann davon abhängig gemacht werden, daß der Empfänger ein Konto im Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin benennt, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grunde nicht zugemutet werden kann."

(2) Absatz 1 gilt nicht im Land Berlin.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

2. Artikel 9 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Worte „1. Oktober 1986" durch die Worte „31. Dezember 1985" ersetzt.

b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für die früheren Beamten, früheren Ruhestandsbeamten und ihre Hinterbliebenen, die am 1. Januar 1987 vorhanden sind, gilt § 38 Abs. 4 Satz 3 des Beamtenversorgungsgesetzes in der vor diesem Zeitpunkt geltenden Fassung weiterhin, sofern sich dadurch für den Versorgungsempfänger eine höhere Versorgung ergibt."

Artikel 5

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

(1) Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 842) wird wie folgt geändert:

1. unverändert

2. unverändert

3. Nach § 92 werden folgende Überschrift und folgender § 93 angefügt:

„5. Benennung eines Kontos

§ 93

Die **Zahlung** von Leistungen nach diesem Gesetz kann davon abhängig gemacht werden, daß der Empfänger ein Konto im Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin benennt, auf das die Überweisung erfolgen kann. **Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto des Empfängers trägt die zahlende Stelle; bei einer Überweisung der Leistungen auf ein im Ausland geführtes Konto trägt der Empfänger die Kosten und die Gefahr der Übermittlung sowie die Kosten einer Meldung nach § 59 der Außenwirtschaftsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.** Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grunde nicht zugemutet werden kann."

(2) unverändert

Entwurf

Artikel 6

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 1 § 3 beruhenden Teile der dort geänderten Verordnungen können aufgrund der Ermächtigung der §§ 47 und 48 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit dieser Vorschrift durch Verordnung geändert werden.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Artikel 6

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

unverändert

§ 1a

Überleitung von Richtern

Präsidenten und Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Voraussetzungen des Artikels 2 Nr. 4 erfüllen, sind in das neue Amt übergeleitet.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 082,86	1 118,68	1 154,50	1 190,32	1 226,14	1 261,96	1 297,78
A 2	II	1 147,00	1 182,82	1 218,64	1 254,46	1 290,28	1 326,10	1 361,92
A 3	II	1 228,80	1 266,64	1 304,48	1 342,32	1 380,16	1 418,00	1 455,84
A 4	II	1 275,32	1 319,10	1 362,88	1 406,66	1 450,44	1 494,22	1 538,00
A 5	II	1 320,04	1 369,96	1 419,88	1 469,80	1 519,72	1 569,64	1 619,56
A 6	II	1 397,81	1 449,55	1 501,29	1 553,03	1 604,77	1 656,51	1 708,25
A 7	II	1 510,34	1 562,08	1 613,82	1 665,56	1 717,30	1 769,04	1 820,78
A 8	II	1 581,67	1 645,45	1 709,23	1 773,01	1 836,79	1 901,14	1 968,12
A 9	I c	1 767,20	1 833,01	1 901,58	1 970,70	2 041,10	2 117,81	2 194,52
A 10	I c	1 935,08	2 030,39	2 125,70	2 221,01	2 316,32	2 411,63	2 506,94
A 11	I c	2 254,56	2 352,21	2 449,86	2 547,51	2 645,16	2 742,81	2 840,46
A 12	I c	2 455,62	2 572,05	2 688,48	2 804,91	2 921,34	3 037,77	3 154,20
A 13	I b	2 782,19	2 907,91	3 033,63	3 159,35	3 285,07	3 410,79	3 536,51
A 14	I b	2 863,85	3 026,86	3 189,87	3 352,88	3 515,89	3 678,90	3 841,91
A 15	I b	3 229,09	3 408,30	3 587,51	3 766,72	3 945,93	4 125,14	4 304,35
A 16	I b	3 588,95	3 796,22	4 003,49	4 210,76	4 418,03	4 625,30	4 832,57

Entwurf

§ 2

Geltung der Vorschriften über die Zahlungsweise

Durch Artikel 2 Nr. 1 und Artikel 3 Nr. 2 werden bestehende Regelungen im Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen nicht berührt.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

§ 2

unverändert

§ 3

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

unverändert

§ 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Artikel 2 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. September 1986 in Kraft.

§ 4

unverändert

Beschlüsse des 4. Ausschusses

8	9	10	11	12	13	14	15
1 333,60	1 369,42						
1 397,74	1 433,56	1 469,38					
1 493,68	1 531,52	1 569,36					
1 581,78	1 625,56	1 669,34					
1 669,48	1 719,40	1 769,32					
1 759,99	1 811,73	1 863,47	1 916,47				
1 872,52	1 926,03	1 980,36	2 034,69	2 091,04	2 151,37		
2 035,10	2 105,54	2 179,90	2 254,26	2 328,62	2 402,98		
2 271,23	2 347,94	2 424,65	2 501,36	2 578,07	2 654,78		
2 602,25	2 697,56	2 792,87	2 888,18	2 983,49	3 078,80		
2 938,11	3 035,76	3 133,41	3 231,06	3 328,71	3 426,36	3 524,01	
3 270,63	3 387,06	3 503,49	3 619,92	3 736,35	3 852,78	3 969,21	
3 662,23	3 787,95	3 913,67	4 039,39	4 165,11	4 290,83	4 416,55	
4 004,92	4 167,93	4 330,94	4 493,95	4 656,96	4 819,97	4 982,98	
4 483,56	4 662,77	4 841,98	5 021,19	5 200,40	5 379,61	5 558,82	5 738,03
5 039,84	5 247,11	5 454,38	5 661,65	5 868,92	6 076,19	6 283,46	6 490,73

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs-gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	5 738,03
B 2		6 805,37
B 3	I a	7 119,97
B 4		7 593,20
B 5		8 136,14
B 6		8 648,85
B 7		9 147,57
B 8		9 667,41
B 9		10 312,86
B 10		12 317,14
B 11		13 447,50

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	2 782,19	2 907,91	3 033,63	3 159,35	3 285,07	3 410,79	3 536,51
C 2		2 789,97	2 990,30	3 190,63	3 390,96	3 591,29	3 791,62	3 991,95
C 3		3 153,14	3 379,95	3 606,76	3 833,57	4 060,38	4 287,19	4 514,00
C 4	I a	4 083,55	4 311,55	4 539,55	4 767,55	4 995,55	5 223,55	5 451,55

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	3 604,85	3 860,88	4 116,91	4 372,94	4 628,97	4 885,00	5 141,03	5 397,06	5 653,09	5 909,12
R 2		4 217,66	4 473,69	4 729,72	4 985,75	5 241,78	5 497,81	5 753,84	6 009,87	6 265,90	6 521,93

R 3	I a	7 119,97
R 4		7 593,20
R 5		8 136,14
R 6		8 648,85
R 7		9 147,57
R 8		9 667,41
R 9		10 312,86
R 10		12 888,52

8	9	10	11	12	13	14	15
3 662,23	3 787,95	3 913,67	4 039,39	4 165,11	4 290,83	4 416,55	
4 192,28	4 392,61	4 592,94	4 793,27	4 993,60	5 193,93	5 394,26	5 594,59
4 740,81	4 967,62	5 194,43	5 421,24	5 648,05	5 874,86	6 101,67	6 328,48
5 679,55	5 907,55	6 135,55	6 363,55	6 591,55	6 819,55	7 047,55	7 275,55

Anlage 2

(Anlage V des BBesG)

Ortszuschlag

(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	877,23	1 017,17	1 136,91
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	740,02	879,96	999,70
I c	A 9 bis A 12	657,68	797,62	917,36
II	A 1 bis A 8	619,54	752,80	872,54

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 119,74 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 526,14 DM
Tarifklasse II 495,63 DM

Anlage 3 a

(Anlage VIa des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	948	1 138	1 328	1 518	1 708	1 898	2 088	2 278	2 468	2 658	2 848	3 038
A 5 bis A 6 ...	1 082	1 284	1 486	1 688	1 890	2 092	2 294	2 496	2 698	2 900	3 102	3 304
A 7 bis A 8 ...	1 224	1 446	1 668	1 890	2 112	2 334	2 556	2 778	3 000	3 222	3 444	3 666
A 9	1 439	1 678	1 917	2 156	2 395	2 634	2 873	3 112	3 351	3 590	3 829	4 068
A 10	1 629	1 877	2 125	2 373	2 621	2 869	3 117	3 365	3 613	3 861	4 109	4 357
A 11	1 787	2 049	2 311	2 573	2 835	3 097	3 359	3 621	3 883	4 145	4 407	4 669
A 12	1 988	2 265	2 542	2 819	3 096	3 373	3 650	3 927	4 204	4 481	4 758	5 035
A 13	2 185	2 474	2 763	3 052	3 341	3 630	3 919	4 208	4 497	4 786	5 075	5 364
A 14	2 387	2 685	2 983	3 281	3 579	3 877	4 175	4 473	4 771	5 069	5 367	5 665
A 15	2 668	2 991	3 314	3 637	3 960	4 283	4 606	4 929	5 252	5 575	5 898	6 221
A 16 bis B 2 ...	2 853	3 196	3 539	3 882	4 225	4 568	4 911	5 254	5 597	5 940	6 283	6 626
B 3 bis B 4 ...	2 869	3 233	3 597	3 961	4 325	4 689	5 053	5 417	5 781	6 145	6 509	6 873
B 5 bis B 7 ...	3 182	3 585	3 988	4 391	4 794	5 197	5 600	6 003	6 406	6 809	7 212	7 615
B 8 und höher	3 450	3 909	4 368	4 827	5 286	5 745	6 204	6 663	7 122	7 581	8 040	8 499

Anlage 3 b
(Anlage VIb des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	806	967	1 128	1 289	1 450	1 611	1 772	1 933	2 094	2 255	2 416	2 577
A 5 bis A 6 ..	920	1 092	1 264	1 436	1 608	1 780	1 952	2 124	2 296	2 468	2 640	2 812
A 7 bis A 8 ..	1 040	1 229	1 418	1 607	1 796	1 985	2 174	2 363	2 552	2 741	2 930	3 119
A 9	1 223	1 426	1 629	1 832	2 035	2 238	2 441	2 644	2 847	3 050	3 253	3 456
A 10	1 385	1 596	1 807	2 018	2 229	2 440	2 651	2 862	3 073	3 284	3 495	3 706
A 11	1 519	1 742	1 965	2 188	2 411	2 634	2 857	3 080	3 303	3 526	3 749	3 972
A 12	1 690	1 925	2 160	2 395	2 630	2 865	3 100	3 335	3 570	3 805	4 040	4 275
A 13	1 857	2 103	2 349	2 595	2 841	3 087	3 333	3 579	3 825	4 071	4 317	4 563
A 14	2 029	2 282	2 535	2 788	3 041	3 294	3 547	3 800	4 053	4 306	4 559	4 812
A 15	2 268	2 543	2 818	3 093	3 368	3 643	3 918	4 193	4 468	4 743	5 018	5 293
A 16 bis B 2 ..	2 425	2 717	3 009	3 301	3 593	3 885	4 177	4 469	4 761	5 053	5 345	5 637
B 3 bis B 4 ..	2 439	2 748	3 057	3 366	3 675	3 984	4 293	4 602	4 911	5 220	5 529	5 838
B 5 bis B 7 ..	2 705	3 048	3 391	3 734	4 077	4 420	4 763	5 106	5 449	5 792	6 135	6 478
B 8 und höher	2 933	3 323	3 713	4 103	4 493	4 883	5 273	5 663	6 053	6 443	6 833	7 223

Anlage 3 c
(Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	664	797	930	1 063	1 196	1 329	1 462	1 595	1 728	1 861	1 994	2 127
A 5 bis A 6 ..	757	898	1 039	1 180	1 321	1 462	1 603	1 744	1 885	2 026	2 167	2 308
A 7 bis A 8 ..	857	1 012	1 167	1 322	1 477	1 632	1 787	1 942	2 097	2 252	2 407	2 562
A 9	1 007	1 174	1 341	1 508	1 675	1 842	2 009	2 176	2 343	2 510	2 677	2 844
A 10	1 140	1 314	1 488	1 662	1 836	2 010	2 184	2 358	2 532	2 706	2 880	3 054
A 11	1 251	1 434	1 617	1 800	1 983	2 166	2 349	2 532	2 715	2 898	3 081	3 264
A 12	1 392	1 586	1 780	1 974	2 168	2 362	2 556	2 750	2 944	3 138	3 332	3 526
A 13	1 530	1 732	1 934	2 136	2 338	2 540	2 742	2 944	3 146	3 348	3 550	3 752
A 14	1 671	1 880	2 089	2 298	2 507	2 716	2 925	3 134	3 343	3 552	3 761	3 970
A 15	1 868	2 094	2 320	2 546	2 772	2 998	3 224	3 450	3 676	3 902	4 128	4 354
A 16 bis B 2 ..	1 997	2 237	2 477	2 717	2 957	3 197	3 437	3 677	3 917	4 157	4 397	4 637
B 3 bis B 4 ..	2 008	2 263	2 518	2 773	3 028	3 283	3 538	3 793	4 048	4 303	4 558	4 813
B 5 bis B 7 ..	2 227	2 509	2 791	3 073	3 355	3 637	3 919	4 201	4 483	4 765	5 047	5 329
B 8 und höher	2 415	2 736	3 057	3 378	3 699	4 020	4 341	4 662	4 983	5 304	5 625	5 946

Anlage 3 d
(Anlage VI d des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	465	558	651	744	837	930	1 023	1 116	1 209	1 302	1 395	1 488
A 5 bis A 6 ..	530	629	728	827	926	1 025	1 124	1 223	1 322	1 421	1 520	1 619
A 7 bis A 8 ..	600	708	816	924	1 032	1 140	1 248	1 356	1 464	1 572	1 680	1 788
A 9	705	822	939	1 056	1 173	1 290	1 407	1 524	1 641	1 758	1 875	1 992
A 10	798	920	1 042	1 164	1 286	1 408	1 530	1 652	1 774	1 896	2 018	2 140
A 11	876	1 004	1 132	1 260	1 388	1 516	1 644	1 772	1 900	2 028	2 156	2 284
A 12	974	1 110	1 246	1 382	1 518	1 654	1 790	1 926	2 062	2 198	2 334	2 470
A 13	1 071	1 212	1 353	1 494	1 635	1 776	1 917	2 058	2 199	2 340	2 481	2 622
A 14	1 170	1 316	1 462	1 608	1 754	1 900	2 046	2 192	2 338	2 484	2 630	2 776
A 15	1 308	1 466	1 624	1 782	1 940	2 098	2 256	2 414	2 572	2 730	2 888	3 046
A 16 bis B 2 ..	1 398	1 566	1 734	1 902	2 070	2 238	2 406	2 574	2 742	2 910	3 078	3 246
B 3 bis B 4 ..	1 406	1 584	1 762	1 940	2 118	2 296	2 474	2 652	2 830	3 008	3 186	3 364
B 5 bis B 7 ..	1 559	1 756	1 953	2 150	2 347	2 544	2 741	2 938	3 135	3 332	3 529	3 726
B 8 und höher	1 691	1 916	2 141	2 366	2 591	2 816	3 041	3 266	3 491	3 716	3 941	4 166

Anlage 3 e
(Anlage VI e des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	564	677	790	903	1 016	1 129	1 242	1 355	1 468	1 581	1 694	1 807
A 5 bis A 6 ..	643	763	883	1 003	1 123	1 243	1 363	1 483	1 603	1 723	1 843	1 963
A 7 bis A 8 ..	728	860	992	1 124	1 256	1 388	1 520	1 652	1 784	1 916	2 048	2 180
A 9	856	998	1 140	1 282	1 424	1 566	1 708	1 850	1 992	2 134	2 276	2 418
A 10	969	1 117	1 265	1 413	1 561	1 709	1 857	2 005	2 153	2 301	2 449	2 597
A 11	1 063	1 219	1 375	1 531	1 687	1 843	1 999	2 155	2 311	2 467	2 623	2 779
A 12	1 183	1 348	1 513	1 678	1 843	2 008	2 173	2 338	2 503	2 668	2 833	2 998
A 13	1 301	1 473	1 645	1 817	1 989	2 161	2 333	2 505	2 677	2 849	3 021	3 193
A 14	1 420	1 598	1 776	1 954	2 132	2 310	2 488	2 666	2 844	3 022	3 200	3 378
A 15	1 588	1 780	1 972	2 164	2 356	2 548	2 740	2 932	3 124	3 316	3 508	3 700
A 16 bis B 2 ..	1 697	1 901	2 105	2 309	2 513	2 717	2 921	3 125	3 329	3 533	3 737	3 941
B 3 bis B 4 ..	1 707	1 924	2 141	2 358	2 575	2 792	3 009	3 226	3 443	3 660	3 877	4 094
B 5 bis B 7 ..	1 893	2 133	2 373	2 613	2 853	3 093	3 333	3 573	3 813	4 053	4 293	4 533
B 8 und höher	2 053	2 326	2 599	2 872	3 145	3 418	3 691	3 964	4 237	4 510	4 783	5 056

Anlage 3f
(Anlage VIf des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungsgruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	179	205	231	257	283	309	335	361	387	413	439	465	179
	Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.												

Anlage 4
(Anlage VII des BBesG)

Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 210	1 068
A 5 bis A 6	1 355	1 164
A 7 bis A 8	1 518	1 315
A 9	1 740	1 467
A 10	1 929	1 625
A 11	2 094	1 745
A 12	2 304	1 895
A 13	2 502	2 062
A 14	2 697	2 234
A 15	2 993	2 451
A 16	3 194	2 569
B 3	3 243	2 569
B 6	3 585	2 746
B 9 und höher	3 926	2 921

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5
(Anlage VIII des BBesG)

Anwärtergrundbetrag

Anwärterverheiratetenzuschlag

(Monatsbeträge in DM)

1. Für Anwärter, die vor dem 1. Januar 1982 eingestellt worden sind:

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	931	1 044	296	98
A 5 bis A 8	1 115	1 274	341	98
A 9 bis A 11	1 315	1 499	394	98
A 12	1 682	1 895	432	98
A 13	1 744	1 959	440	98
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 806	2 028	447	98

2. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1981 und vor dem 1. Januar 1984 eingestellt worden sind:

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	877	987	281	94
A 5 bis A 8	1 051	1 199	324	94
A 9 bis A 11	1 168	1 342	375	94
A 12	1 425	1 619	396	94
A 13	1 477	1 679	410	94
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 527	1 738	424	94

3. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	877	987	281	94
A 5 bis A 8	1 051	1 199	324	94
A 9 bis A 11	1 129	1 297	375	94
A 12	1 331	1 511	396	94
A 13	1 377	1 565	410	94
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 425	1 622	424	94

Anlage 6
(Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu	100,00
§ 50 a		100,00
§ 78	bis zu	150,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		250,00
Nummer 4		50,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu	80,00
Buchstabe b	bis zu	50,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a		450,00
Buchstabe b		360,00
Buchstabe c		288,00
Nummer 6 a		120,00
Nummer 7		
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	
A 1 bis A 5	A 5	
A 6 bis A 9	A 9	
A 10 bis A 13	A 13	
A 14, A 15, B 1	A 15	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	
B 5 bis B 7	B 6	
B 8 bis B 10	B 9	
B 11	B 11	
Nummer 8 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen		
A 1 bis A 5		200,00
A 6 bis A 9		275,00
A 10 bis A 13		350,00
A 14 und höher		425,00
für Anwärter der Laufbahngruppe		
des mittleren Dienstes		150,00
des gehobenen Dienstes		200,00
des höheren Dienstes		250,00
Nummer 8 a		
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen		
A 1 bis A 5		110,00
A 6 bis A 9		150,00
A 10 bis A 13		185,00
A 14 und höher		220,00
für Anwärter der Laufbahngruppe		
des mittleren Dienstes		80,00
des gehobenen Dienstes		105,00
des höheren Dienstes		130,00
Nummer 9		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		60,00
von zwei Jahren		120,00
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		60,00
von zwei Jahren		120,00
Nummer 11	1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)	
Nummer 12		90,00
Nummer 13 a	bis zu	150,00
Nummer 19 Satz 1		281,28
Nummer 23		
Absatz 1		87,00
Absatz 2		145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 24		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere		87,00
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		145,00
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes/bei Unteroffizieren		67,00
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		100,00
Nummer 25 Abs. 1		100,00
Nummer 26		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		67,00
des gehobenen Dienstes		100,00
Absatz 2		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a		67,00
Buchstabe b		67,00
Buchstabe c		100,00
Buchstabe d		100,00
Nummer 30		145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig		45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	40,67
	2	34,67
A 3	1, 2	40,67
A 4	1, 2	40,67
A 5	3, 4	40,67
	5	110,36
A 7	2	80,00
	3	50,47
A 8	2	65,06
	3	80,00

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 9	2	80,00
	3, 4	302,83
A 12	7, 8	175,85
A 13	6	140,65
	7	210,98
A 14	5	210,98
A 15	7	210,98
B 10	1, 2	487,58
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 3		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1		A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2		A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4		B 3
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	233,28
R 2	3 bis 8, 10	233,28
R 3	3	233,28
R 8	2	466,50

Bericht der Abgeordneten Lutz, Frau Dr. Vollmer, Regenspurger und Richter

I. Allgemeines

Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf in Drucksachen 11/287 und 11/308 wurde in der 13. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Mai 1987 an den Innenausschuß federführend sowie an den Verteidigungsausschuß und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung — an den Haushaltsausschuß darüber hinaus gemäß § 96 GO — überwiesen.

Der Verteidigungsausschuß hat in seiner Sitzung am 3. Juni 1987 dem Innenausschuß einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner 4. Sitzung am 3. Juni 1987 beraten und ihm in der vorgelegten Fassung unter dem Vorbehalt des zu diesem Zeitpunkt noch ausstehenden Votums des Haushaltsausschusses einstimmig bei einer Enthaltung seitens der Fraktion der SPD und Enthaltung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt. Nachdem der Haushaltsausschuß ebenfalls in seiner Sitzung am 4. Juni 1987 dem Gesetzentwurf einvernehmlich zugestimmt und die Vereinbarkeit der Gesetzesvorlage mit dem Haushalt festgestellt hatte, bedurfte es im Innenausschuß eines erneuten Eintritts in die Beratungen nicht mehr.

Die Stellungnahme des Haushaltsausschusses gemäß § 96 GO erfolgt gesondert.

II. Zur Beratung im Innenausschuß

Die in den Beschlüssen des Innenausschusses gegenüber dem Regierungsentwurf enthaltenen Änderungen und Ergänzungen greifen zum einen die in der Stellungnahme des Bundesrates enthaltenen Vorschläge auf. Die Bundesregierung hatte diesen in ihrer Gegenäußerung ebenfalls zugestimmt und darüber hinaus in Artikel 5 Nr. 3 eine aus den Vorschlägen des Bundesrates resultierende Folgeänderung für das Soldatenversorgungsgesetz angeregt, der der Ausschuß ebenfalls gefolgt ist. Zur Begründung der Ausschußbeschlüsse ist daher auf die Begründung des Regierungsentwurfes sowie die Darlegungen in der Stellungnahme des Bundesrates — jeweils in Drucksache 11/287 — sowie die Ausführungen in der Gegenäußerung der Bundesregierung in Drucksache 11/308 zu verweisen.

Die sich aus der Zusammenstellung ergebenden weiteren Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf betreffen ferner die Berichtigung von Druckfehlern in Drucksache 11/287, auf die der Bundesminister des Innern mit Schreiben vom 20. und 29. Mai 1987 hingewiesen hatte. Ferner ist in den Beschlüssen des Ausschusses eine redaktionelle Berichtigung der Anlage IX zum Bundesbesoldungsgesetz vorgesehen, um die der Bundesminister des Innern ebenfalls mit Schreiben vom 29. Mai 1987 gebeten hatte mit dem Ziel, wegen der Streichung eines Amtes mit Stellenzulage in der Besoldungsgruppe B 9 Fußnote 3 durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 auch die Ausweisung der Höhe der Zulage zu streichen.

III. Alternativen

Die Fraktion der SPD hatte vorgeschlagen, nach Artikel 5 folgenden Artikel 5a einzufügen:

„Artikel 5a

Die Geltung des Artikels 2 § 2 Abs. 1 Satz 4 des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), zuletzt geändert durch ..., wird für Erhöhungen der Versorgungsbezüge in der Zeit vom 1. Januar 1987 bis 31. Dezember 1992 ausgesetzt."

Zur Begründung war dargelegt worden, daß § 55 Beamtenversorgungsgesetz durch das Zweite Haushaltsstrukturgesetz ausgeweitet und zwischenzeitlich zweimal korrigiert worden sei. Die Fraktion der SPD sei der Auffassung, daß die beiden Härteregelungen, die inzwischen in Kraft getreten seien, nicht ausreichten. Die Fraktion der SPD habe deshalb in den parlamentarischen Beratungen weitergehende gezielte Härteregelungen vorgeschlagen und im Innenausschuß am 4. Juni 1986 sowie am 5. November 1986 beantragt, die sogenannte Abschmelzung des Ausgleichs auszusetzen. Dieser Antrag — der im übrigen auch finanzierbar sei, da die erwarteten Einsparungen übertroffen worden seien — werde mit dem vorliegenden Antrag wiederholt. Die Fraktion der SPD sei selbstverständlich auch für andere Vorschläge offen und hoffe, daß es möglich sein werde, über die Parteiengrenzen hinweg, zu einer befriedigenden Regelung zu kommen.

Seitens der Fraktion der CDU/CSU war dazu im Rahmen der Beratungen hervorgehoben worden, daß der Ergänzungsantrag der Fraktion der SPD eine gute Zielsetzung verfolge und aus einer guten Intention heraus vorgelegt worden sei. Es handele sich um einen Antrag, der gegen eine Entscheidung angehe, die auch die Fraktion der SPD zu der Zeit getroffen habe, als sie die Regierungsverantwortung mitgetragen habe. Die Fraktion der CDU/CSU würde dem zwar gerne zustimmen. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß die durch einen derartigen Antrag entstehenden Mehrkosten zum überwiegenden Teil die Länder betreffen würden. Um den vorliegenden Gesetzentwurf so schnell wie möglich verabschieden zu können — was notwendig sei, weil die Beamten ein Anrecht darauf hätten, daß ihre Besoldungserhöhung so schnell wie möglich rechtlich abgesichert werde —,

solle die Frage einer Regelung zu § 55 Beamtenversorgungsgesetz bis zu den Beratungen zum Strukturbericht, der vom Bundesminister des Innern für August 1987 angekündigt worden sei, zurückgestellt werden.

Die Fraktion der CDU/CSU sei optimistisch, daß mit dem Satz in der Begründung des Regierungsentwurfs: „Die Übernahme des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst ändert nichts an der Eigenständigkeit der Beamtenbesoldung" nicht ein Schlußpunkt im Strukturbereich, sondern im Gegenteil ein Signal dafür gesetzt worden sei, daß im Strukturbereich noch einiges zu ändern sei und dabei auch zu § 55 Beamtenversorgungsgesetz eine Regelung vorzusehen sei.

Seitens der Fraktion der FDP war dazu ergänzt worden, daß die Problematik des § 55 Beamtenversorgungsgesetz anerkannt werde. Dieses Problem müsse behandelt werden, allerdings nicht im Rahmen des vorliegenden Gesetzentwurfes, sondern dann, wenn der Strukturbericht vorliege.

Seitens der Fraktion der SPD war dem entgegnet worden, daß die Koalitionsfraktionen die Berechtigung des Anliegens der Fraktion der SPD nicht in Zweifel zögen. Immer wieder werde jedoch von den Koalitionsfraktionen darauf hingewiesen, daß das Anliegen berechtigt sei und nur zum jeweiligen Zeitpunkt nicht geregelt werden könne. Damit werde eine Regelung immer wieder verschoben. Wenn nunmehr gesagt werde, daß eine Regelung getroffen werden solle, wenn der Strukturbericht vorliege, dauere dies wieder eine geraume Zeit. Die Fraktion der SPD habe diese Verhaltensweise bereits moniert und werde dies auch weiterhin tun. Sie kündige an, daß sie den vorgelegten Antrag bei jeder sich bietenden Gelegenheit erneut stellen werde, bis die Koalitionsfraktionen sich dazu durchgerungen hätten, diese Härte zu beseitigen.

Der Antrag der Fraktion der SPD war unter Bezugnahme auf die dargelegten Begründungen mit Mehrheit seitens der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

IV. Kosten

Das gegenüber den Angaben in Drucksache 11/287 um 0,2 Mio. DM erhöhte Kostenvolumen ist auf Mehrkosten zurückzuführen, die durch die Gewährung der erhöhten einmaligen Unfallentschädigungen bei qualifizierten Dienstunfällen schon ab 31. Dezember 1985 — Artikel 4 Nr. 2 a der Beschlüsse des Innenausschusses — entstehen.

Bonn, den 15. Juni 1987

Lutz **Frau Dr. Vollmer** **Regenspurger** **Richter**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333